

18.03.2013

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die

**Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt
am 12.03.2013**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:25 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU
Rumpf, Frank
Gebhardt, Roland

Vertreter für Herrn Trocha

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald

Anwesend ab TOP 4

Fraktion der SPD
Hartmann, Robert

Vertreter für Herrn Laue,
Anwesend bis TOP 7.2 (18:15 Uhr)

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN
Busch, Thomas

Fraktion Pro Dessau-Roßlau
Otto, Hans-Georg

Fraktion der FDP
Neubert, Jürgen Dr.

Nicht anwesend zu den TOP's 8.1 und 8.2

Fraktion NEUES FORUM
Hofmeister, Dirk

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie - mit aktuell 8 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde kein Änderungsbedarf angezeigt, so dass sie durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschriften des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 19.12.2012

Zum Protokoll der Sondersitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 19.12.2012 wurden keine Anmerkungen vorgebracht, so dass es durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

4 : 0 : 4

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 15.01.2013

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 15.01.2013 wurde durch **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, angemerkt, dass seine Anfrage im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zum „TOP 3.2 Grundstücksangelegenheiten“ zu den Schadensersatzforderungen des Unternehmens REWE nicht hinlänglich beantwortet wurde. Wie bereits in der Sitzung ausgeführt, seien die Forderungen der Höhe nach nicht beziffert worden, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Diese Frage sei noch offen, weitere Fragestellungen seien aufgrund der nicht öffentlich zu behandelnden Grundstücksangelegenheit im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu erörtern.

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde auf Korrekturbedarf zur Anwesenheit seiner Person in der Anwesenheitsliste auf der ersten Seite des Protokolls aufmerksam gemacht. Darüber hinaus merkte er an, dass im Zusammenhang mit den Diskussionen zur

Aufwertung der Kavaliertstraße die Beantwortung seiner Anfragen zur Beauftragung der verkehrstechnischen Untersuchungen und der Beschlusslagen zum Wettbewerb European 10 aus seiner Sicht nicht ordnungsgemäß protokolliert wurden. Zum Wettbewerbsverfahren European 10 erklärte **Herr Schönemann**, dass man den Siegerentwurf im Ausschuss vorgestellt habe, und durch die entsprechende Kenntnisnahme sowohl die Arbeitsrichtung als auch die Fortsetzung des Verfahrens auf der Grundlage des Siegerentwurfs bestätigt habe.

Zum Verfahren verwies **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf die Verpflichtung, mit dem Wettbewerbssieger die Bearbeitung fortzusetzen. Folgerichtig habe die Verwaltung entsprechend der bestätigten Arbeitsrichtung, das Konzept durch das Büro konkretisieren lassen, um in der Lage zu sein, dem Gremium ein entscheidungsfähiges Papier vorzulegen und eine Beschlussfassung der Ausschüsse für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zur Offenlage der Konzeptplanungen zu erreichen. Hierbei handelte es sich – wie auch bei der Entwicklung anderer Konzepte - um Verwaltungshandeln, eine zwischenzeitliche Beschlussfassung war nicht erforderlich. Vor der Beauftragung einer technischen Planung werde man auf der Grundlage der Abwägung der Stellungnahmen und Hinweise aus der Offenlage eine erneute Beschlussfassung des Gremiums herbei führen.

Herr Otto argumentierte, dass vor der Beauftragung dieser Leistung in Höhe von rund 20 T€ das Gremium zu beteiligen wäre. Dem widersprach **Herr Beigeordneter Hantusch** auch vor dem Hintergrund der Wertgrenzen zur Beschlussfassung. Die Fortsetzung der Planungen war folgerichtig und zwingend, ohne dabei eine endgültige Lösungsvariante zu präjudizieren. Aus seiner Sicht war im gesamten Verfahren die geforderte Transparenz gewahrt, so **Herr Schönemann**.

Weitere Anmerkungen wurden nicht vorgebracht, so dass das Protokoll in der geänderten Form (Korrektur Seite 1, Anwesenheit von Herrn Otto) zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 3

Das Protokoll wurde mit der vorgenannten Korrektur bestätigt.

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über die im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vom 15.01.2013 gegebenen Informationen sowie den nichtöffentlichen Beschlussfassungen:

Vergabe von Bauleistungen

Städtebauliche Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser in Dessau, LOS: Abwasser-, Wasser-, Gas-, Wärmeversorgungsanlagen / Lufttechnische Anlagen, Vorlage: DR/ BV/378/2012/VI-65

Die Information zur Vergabe der Bauleistungen wurde zur Kenntnis genommen.

Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Neuordnung der Grundstücke Breite Straße 1b und c, Vorlage: DR/BV/331/2012/VI-60

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt (Abstimmungsergebnis: 9 : 0 : 0)

Vergabe von Bauleistungen

Vergabe-Nr. 37/2012 De-Ro, Ersatzneubau der Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185

Gesamtleistung, Los 3, 3.1 Straßen- und Brückenbau B 185, BW 11 und Umfahrung (AG Stadt), 3.2 Leitungsumverlegung (AG DVV), Vorlage: DR/BV/405/2012/VI-66

Die Beschlussvorlage wurde vom Einreicher zurück gezogen.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

5 Öffentliche Informationsvorlagen

5.1 Maßnahmebeschluss für die Sanierung der Kleinarchitekturen im Georgengarten Vorlage: BV/033/2013/VI-61

Erläuterungsbedarf oder Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

6 Öffentliche Beschlussfassungen

6.1 Bebauungsplan Nr. 125 "Große Lobenbreite" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: BV/019/2013/VI-61

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Unter Bezugnahme auf die zu entwickelnde Fläche von 12 ha und die geplante Errichtung von 160 Einfamilienhäusern verwies **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, auf die Beschlussfassung vom 20.09.12 über die Billigung des Entwurfs zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept, das keine weitere Ausweisung von Bauflächen vorsah. Im Zusammenhang mit einer Bedarfsanalyse hinterfragte er weitere Vorhalteflächen für Einfamilienhausstandorte im Stadtgebiet.

Mit dem Vorhabenträger wurde eine Staffelung der Bebauung im Durchführungsvertrag verhandelt, so **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**. Dadurch erreichte man, dass in einem ersten Bauabschnitt ein Bereich mit 50 Häusern bebaut werde, bevor der zweite Abschnitt in Angriff genommen werde. Auf den bisherigen Prozess verweisend und aufgrund der vorgenommenen Reduzierung der Bauflächen im Gebiet Lobenbreite, bewege man sich mit diesem Vorhaben innerhalb der Zielstellungen zur Entwicklung der Stadt.

Die anschließende Nachfrage von **Herrn Hartmann**, ob die Ausweisung weiterer Bauflächen geplant sei, verneinte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**. Aufgrund der Ausweisung im Flächennutzungsplan und der Aufrechterhaltung des Vorhabens durch den Investor werde dieses Projekt befürwortet. Zur Bedarfsanalyse habe man bereits in einer Bauausschusssitzung informiert (*Anm. d. Prot.: Sitzung am 13.01.11-Protokollanlage Baulandübersicht 2010*), das Baugebiet Lobenbreite mit den 160 Häusern war damals bereits Inhalt.

Aus Sicht von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bestehe der Bedarf nach wie vor. Mit Blick auf die lange Odyssee des Vorhabens seit dem Jahr 1993 habe man sich den zwischenzeitlichen Entwicklungen durch Reduzierung der Baufläche angepasst. Bei Verzicht würde das Umland profitieren, oben-drein liege das Risiko beim Investor. Aus Sicht des Ortsbürgermeisters könne er die mit dem Vorhaben verbundene Abrundung der Ortslage Kleinkühnau nur begrüßen.

Das Risiko, das **Herr Hartmann** mit einem drohenden Leerzug der Innenstadt beschrieb, wurde durch **Frau Jahn** aufgrund der vorgenommenen Ausdünnung der Baufläche als gering bemessen. Diese Einschätzung wurde auch durch das Landesverwaltungsamt im Rahmen des laufenden Verfahrens geteilt. Die hier anzusprechenden Interessenten seien nicht das gleiche Klientel, das für innerstädtische Lagen in Betracht komme, so **Herr Schönemann**. Sollte es künftig zu einer prosperierenden Entwicklung der Einwohnerzahlen kommen, müsse man die Analysewerte erneut hinterfragen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

6.2 Ersatzneubau der Muldebrücke (BW 11) im Zuge der B 185 Novellierung Maßnahmebeschluss Vorlage: DR/BV/415/2012/VI-66

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurden die Kostenerhöhungen in den Positionen Leitungsumverlegung und Baunebenkosten in der Gesamtkostenzusammenstellung in der Begründung zur Vorlage nachgefragt.

Die abgeschlossene Dükerung als Teilmaßnahme der Leitungsumverlegung benennend, erklärte **Frau Jung, Tiefbauamt**, dass die bisherigen Ausschreibungen mit entsprechenden Kostenerhöhungen verbunden waren. Darüber hinaus waren in der ursprünglichen Kostenaufstellung die Leistungen für die Leitungsumverlegung in der Position Straßenbau enthalten. Die dargestellten Kosten spiegeln die aktuelle Einschätzung unabhängig von der ausstehenden Entscheidung der Vergabekammer zum Hauptlos 3 wider.

Ergänzend erläuterte **Frau Hofmann, Tiefbauamt**, die Einzelleistungen, die in der Position Baunebenkosten enthalten sind. Ein prozentualer Aufwuchs entstand u. a. dadurch, dass im Verlauf der Projektbearbeitung und durch die Entscheidungen zur Ostrandstraße mit der notwendigen Behelfsbrücke die Erweiterung der zu honorierenden Einzelbauwerke erfolgte.

Nach der Entgegnung von **Herrn Otto**, dass die Behelfsbrücke im ursprünglichen Maßnahmebeschluss geplant gewesen sei, verwies **Frau Jung** darauf, dass aufgrund der gestiegenen Kosten für Bauleistungen eine Niederschlagung in entsprechender Höhe in den Baunebenkosten resultiere. Zudem seien die Prüfleistungen in ihrem Umfang gestiegen. Zum Zeitpunkt der Fassung des Maßnahmebeschlusses seien einige Kostengrößen geringer eingeschätzt worden. Die Bearbeitung von Bauvorhaben sei immer mit einem Erkenntnisgewinn verbunden, der zu einer Konkretisierung von Maßnahmen und Kosten führe.

Weiterhin beklagt wurde durch **Herrn Otto** die Auftragsvergabe für die Planungsleistungen an ein nichtstädtisches Büro.

Auf Nachfrage von **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, zu den Auswirkungen der aktuellen Vergabeprüfung auf die weitere Terminkette, informierte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, über die verlängerte Fristsetzung für die Entscheidungsfindung bis zum 02.04.2013. Ob die Vergabekammer bis zu diesem Zeitpunkt eine Entscheidung getroffen habe, könne man derzeit nicht voraussagen. Entsprechende Terminverschiebungen im Bauablauf sind vorzunehmen. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, ergänzte hierzu, dass das Ministerium und das Landesverwaltungsamt von der Sachlage in Kenntnis gesetzt wurden. Die Deadline für die Einhaltung der Terminkette sei bereits überschritten, nach der Entscheidungsfindung der Vergabekammer sind Anpassungen vorzunehmen. Man habe so **Herr Beigeordneter Hantusch**, durch die späte Entscheidung des Stadtrates zur Prioritätensetzung in Richtung Muldebrücke bereits eine kritische Terminkette erwirkt und ursprüngliche Fristsetzungen gefährdet.

Um nicht weitere Problemlagen zu produzieren, sei in der Folge weiterhin enger Kontakt mit den Fördermittelgebern zu halten, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**. Um aktuelle Informationen zeitnah an das Gremium auszureichen, sei im Ausschuss zu jeder Sitzung zum Sachstand zu informieren.

Sobald die Entscheidung der Vergabekammer vorliegt, versicherte **Herr Beigeordneter Hantusch**, werde gemeinsam mit den Fördermittelgebern der Zeit-/Maßnahmeplan fortgeschrieben und die Termine zur Umsetzung des Vorhabens und Abrechnung der Mittel aktualisiert.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 1

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

6.3 Nebenanlagen Albrechtstraße zwischen Bahnübergang Dessau Wörlitzer Eisenbahn und Albrechtstr. 66/53 - Maßnahmebeschluss Vorlage: BV/027/2013/VI-66

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Nach Verweis von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, auf ein aktuelles Schreiben des ADFC, die zu beschließende Vorlage betreffend, erläuterte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, den Umgang mit den Hinweisen des ADFC zur weiteren Qualifizierung der Maßnahme. Zu der in Priorität 1 empfohlenen Korrektur der Lampenstandorte werde man eine ergänzende Prüfung vornehmen. Zur Rad- und Gehwegtrennung werde man keine Korrektur vornehmen können. Die empfohlenen Maßnahmen zur Verkehrsorganisation werden durch das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung geprüft. Eine zusammenfassende Stellungnahme wird an den ADFC ausgeht.

Nachdem durch **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, das Votum des ADFC zur Trennung der Rad- und Gehwege unterstützt wurde, erläuterte **Frau Drigert, Tiefbauamt**, mit der Grundstückssituation die Gründe für die Entscheidung des Fachamtes. Im Bereich

südlich der Schechterschanze wurde darüber hinaus lediglich der Radweg in die Maßnahme aufgenommen, Spielraum für Neuordnungen bestehe demnach nicht.

Der durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, kritisierte Standort des Blitzers auf der Verkehrsanlage bzw. dessen Ausführung stellt nach Aussagen von **Frau Jung, Tiefbauamt**, bisher keinen Gefahrenpunkt dar. Man werde diesen Prüfauftrag an das Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung weiterleiten.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorschläge wurden zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

6.4 Maßnahmebeschluss zur energetischen Sanierung der Kindertageseinrichtung "Glück und Frieden", Heinz-Röttger-Str. 5 des Behindertenverbandes Dessau e. V. Vorlage: BV/049/2013/V-51

Einführungsbedarf wurde nicht geäußert.

Auf Nachfrage von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zur Unterbringung der Kinder während der Baumaßnahmen, erläuterte **Herr Geier, Geschäftsführer des Behindertenverbandes Dessau**, dass für den Zeitraum von 3 bis 6 Monaten eine trägerinterne Lösung gefunden werde.

Zur Frage von **Herrn Krüger, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, zur Tragfähigkeit dieser relativ kleinen Einrichtung, verwies **Herr Geier** darauf, dass die geplanten Maßnahmen der energetischen Sanierung in diesem Umfang durch den Fördermittelgeber gefordert werden. Die Amortisation dieser Maßnahmen lässt sich für ihn schwer einschätzen. Nach Verweis von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, auf die Wichtigkeit der Einrichtung für die Quartiersentwicklung, ergänzte **Herr Geier**, dass diese kleine Einrichtung voll ausgelastet und der Bedarf im Quartier langfristig gesichert sei.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussempfehlung der Verwaltung wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

6.5 Alternativstandort für ein Ausstellungszentrum für das Bauhaus Vorlage: BV/048/2013/CDU

Eingangs wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, auf die in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vorgenommene, geänderte Beschlussfassung hingewiesen, die im Vorfeld der heutigen Sitzung an alle Vertreter des Gremiums ausgereicht wurde.

Durch **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, wurden folgende Änderungsvorschläge zur Vorlage vorgebracht, um die Präferenz des Stadtrates in der Standortfindung eindeutig zum Ausdruck zu bringen:

Titel:

Alternativstandorte für ein Ausstellungszentrum für das Bauhaus

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat hat bisher den von ihm weiterhin favorisierten stadteigenen Standort „Sieben Säulen“ (Buchhandlung) beschlossen, der kostenfrei zur Verfügung gestellt werden kann.

Zusätzlich ~~sind~~ erscheinen aus Sicht des Stadtrates folgende Grundstücke zu ~~betrachten~~ in der genannten Reihenfolge als Alternativstandorte möglich:

- 1. Standort „Meisterhäuser“ (Privatgrundstück Ecke Gropiusallee/Ziebigker Straße) mit Mehrkosten, die nicht von der Stadt getragen werden können.*
- 2. Der stadteigene Standort „Stadtpark“ (Ecke Friedrichstraße/Kavalierrstraße), der kostenfrei zur Verfügung gestellt werden kann.*

Hierzu korrespondierend müssten in der Begründung zur Vorlage entsprechende Korrekturen vorgenommen werden.

Man habe in der Vorabstimmung zur Thematik eine Gleichbehandlung der Standorte vereinbart, so **Herr Schönemann**. Eine Priorisierung sollte nicht vorgegeben werden, der Standort „7 Säulen“ sollte jedoch vorzugsweise Beachtung finden.

Auch **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, votierte dafür, keine weitere Hervorhebung der Reihenfolge der Standorte vorzunehmen.

Seinen Änderungsvorschlag ergänzend erläuterte **Herr Dr. Neubert**, die in der Begründung vorzunehmenden Korrekturen wie folgt:

Begründung, 4. Absatz:

Für den Standort „Stadtpark“ spricht, dass er leitbildgerecht ist ~~und~~, allen Planungsdokumenten der Stadt entspricht und alle notwendigen Entwicklungsmöglichkeiten und Freiheitsgrade beinhaltet.

Eine weitere Hervorhebung des Standorts „Stadtpark“ sei in der Folge entbehrlich.

Die detaillierte Auflistung für den Standort „Stadtpark“ sei dem Umstand geschuldet, so **Herr Rumpf, Fraktion der CDU**, dass im ursprünglichen Beschluss zum Standort „7 Säulen“ auch eine entsprechende Auflistung erfolgte. Der entscheidende Punkt sei die Grundstücksverfügbarkeit.

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses wurde eine einvernehmliche Formulierung erarbeitet, erklärte **Herr Schönemann**. Man lege den Fokus auf den am meisten geeigneten Standort, wobei derzeit drei Standorte in Betracht gezogen werden. Wichtig sei, dass Stadt und Stiftung Bauhaus die gleiche Sprache sprechen und eine Konzentration auf das Wesentliche erfolge.

Die zusätzliche Argumentation für den Standort „Stadtpark“ sei auch nach Ansicht von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, entbehrlich.

Die Begründung der Vorlage wirke in der vorliegenden Form gängelnd in Bezug auf die Entscheidungsfindung des Stiftungsrates und bevormundend, argumentierte **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**. Er empfahl die Öffnung der bisherigen Standortfestlegung ohne weitere Hervorhebungen und eine Akzeptanz der Entscheidung des Stiftungsrates.

Vor dem Hintergrund der Planungshoheit der Stadt, sei eine Verselbständigung in der Entscheidungsfindung nicht möglich, so **Herr Schönemann**. Um auch eine Akzeptanz im Prozess nach außen zu tragen, sei ein Miteinander von Stiftungsrat und Stadtrat anzustreben.

Um eine Klärung zu dem „verbrannten“ Standort „7 Säulen“ herbeizuführen, schlug **Herr Busch** vor, denjenigen, der diese Formulierung geprägt hatte, in den nicht öffentlichen Teil einer der nächsten Sitzungen einzuladen und um erläuternde Auskunft zu den Beweggründen zu bitten.

Stiftungsrat und Stadt seien sich einig, dass alle drei Standorte möglich seien, erklärte **Herr Otto**. Der Standort „7 Säulen“ sei „verbrannt, da durch das Land zwischenzeitlich eine Höherstufung der Denkmalswürdigkeit erfolgt sei. Der Standort „Meisterhäuser“ biete keine Möglichkeit einer Erweiterung des künftigen Neubaus. Es sei wichtig, die Punkte, die nur für den Standort „Stadtpark“ sprechen, zu erwähnen.

Herr Rumpf, als einer der Einreicher der Vorlage, übernahm die Änderungsvorschläge des Herrn Dr. Neubert, den Titel und die Beschlussvorschläge betreffend. Die Begründung bleibe für die Abstimmung bestehen.

Darauf hin wurde durch **Herrn Dr. Neubert** der **Antrag** gestellt, neben der vom Einreicher vorgenommenen Änderung des Titels und die Beschlussvorschläge, die Begründung ab dem 4. Absatz wie folgt zu ändern:

Für den Standort „Stadtpark“ spricht, dass er leitbildgerecht ist und, allen Planungsdokumenten der Stadt entspricht, sich im Eigentum der Stadt befindet und damit verfügbar ist, umfangreiche Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet und alle notwendigen Freiheitsgrade beinhaltet.

Der Antrag wurde zur Abstimmung gestellt und mit dem

Abstimmungsergebnis:

3 : 5 : 1

abgelehnt.

Im Anschluss wurde zur geänderten (Titel und Beschlussvorschläge) Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde mit den durch den Einreicher vorgenommenen Änderungen bestätigt.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

7.1.1 Zuweisungen für Kanalbaumaßnahmen der DESWA

Mit Verweis auf die Ausschusssitzung vom 11.09.2012, in der den Vertretern der DVV und DESWA, Herrn Tobler und Herrn Ritter, die Gelegenheit gegeben wurde, zum Zustand des Abwassernetzes zu berichten und den künftigen Investitionsbedarf darzustellen, erklärte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, dass in den aktuellen Entwurf des Haushaltes 2013 sowie die Folgejahre eine Summe von jeweils 536 T€ für den jährlichen Zuschuss an die DESWA eingestellt wurde.

Auf Nachfrage von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, bezifferte **Herr Pfefferkorn** die Forderungen der DESWA zur Höhe des jährlichen städtischen Anteils auf 500 bis 700 T€

Man habe, so **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die mit der Berichterstattung erhoffte Zielstellung der mittel- bis langfristigen Gewährleistung der Ver- und Entsorgungssicherheit erreicht.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

7.1.2 Berichterstattung zu den Meisterhäusern

Nachdem ein Großteil der Vergaben bereits abgeschlossen sind bzw. sich im Prüfverfahren befinden, zeichne sich ab, so **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, dass man innerhalb des durch den Maßnahmebeschluss für das Gesamtvorhaben gesteckten Rahmen bleiben werde. In der nächsten Sitzung des Gremiums werde er präzisere Angaben machen können und den Beschluss zur Vergabe der Fenster zur Bestätigung vorlegen.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zu den in der Ausschreibung festgelegten Ausführungsfristen, bezifferte **Herr Bekierz** den Juli 2013 für den Einbau der Fenster als realistischen Termin. Einen annähernd gesicherten Ablaufplan werde er in der nächsten Sitzung vorlegen.

Die Nachfrage von **Herrn Dr. Neubert, Fraktion der FDP**, zur Terminstellung für die Fertigstellung der Gebäudehüllen, der Umfassungsmauer und der Anstriche, somit des äußeren Eindrucks des Ensembles, beantworte **Herr Bekierz** dahingehend, dass man die Anlagen im Bereich der Mauer in der Ziebigker Straße sehr zeitnah abschließen werde. Die Gestaltung der Mauer werde man im Frühjahr abschließen und mit dem Einbau der Fenster werde man die Gebäudehüllen im Spätsommer 2013 fertig stellen. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, ergänzte, dass die Fortführung der Arbeiten im Bereich der Rad- und Gehweganlage in der Ebertallee im zweiten Halbjahr 2013 abgeschlossen werde.

Unter Bezugnahme auf den Beschluss zur Übertragung der Meisterhäuser an die Stiftung Bauhaus Dessau, hinterfragte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, das Meinungsbild des Gremiums zum günstigsten Zeitpunkt des Übergangs. In Frage käme der Termin zur Nutzerübergabe oder nach der Eröffnung.

Die Eröffnung wurde durch **Herrn Schönemann** als geeigneter Termin für die Übertragung des Eigentums bezeichnet.

Auch **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, votierte in diese Richtung. Etwaige Betriebsübergänge an die Nutzer könne man im Vorfeld vornehmen. Den symbolischen Akt der Übergabe solle man in einer gemeinsamen Außendarstellung vornehmen.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden **zur Kenntnis genommen.**

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:15 Uhr schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 18:25 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 18.03.2013

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer

Anlage:

- Anwesenheitsliste